Niederschrift
über die 14. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am **Mittwoch, 23. März 2022, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne
Wolfgang Decker, 1. stellvertretender Vorsitzender, SPD
Dr. phil. Michael von Rüden, 2. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Sophie Eltzner, Mitglied, B90/Grüne
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne
Selina Holtermann, Mitglied, B90/Grüne
Steffen Müller, Mitglied, B90/Grüne
Patrick Hartmann, Mitglied, SPD
Dr. Ron-Hendrik Hechelmann, Mitglied, SPD
Ramona Kopec, Mitglied, SPD
Holger Augustin, Mitglied, CDU (Vertretung für Dr.-Ing. Norbert Wett)
Maximilian Bathon, Mitglied, CDU
Dominique Kalb, Mitglied, CDU
Sabine Leidig, Mitglied, DIE LINKE
Anna Luisa Sümmermann, Mitglied, parteilos (Vertretung für Mirko Düsterdieck)
Sven René Dreyer, Mitglied, AfD
Sascha Bickel, Mitglied, FDP

Teilnehmer mit beratender Stimme
Dr. Thomas Nöcker, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat
Christian Geselle, Oberbürgermeister, SPD
Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD
Dr. Susanne Völker, Stadträtin, parteilos
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung
Annika Kuhlmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Thorsten Bork, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Thomas Bergmann, Revisionsamt
Timo Vogt, Amt für Kämmerei und Steuern
Niklas Kraft, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:

1.	**Stand Konzeptentwicklung für ein Gründer*innenzentrum für die Kreativwirtschaft berichten**	101.19.340
2.	**Verwaltungsvereinbarung zum Neubau einer Sporthalle an der Herderschule Kassel zwischen dem Landkreis Kassel und der Stadt Kassel**	101.19.368
3.	**Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen im Sinne des Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen (Hess. Landesaufnahmegesetz) vom 28. Mai 2018 (Erste Änderung)**	101.19.387
4.	**Mittelumsetzungen von Haushaltsansätzen aufgrund unterjähriger organisatorischer Veränderungen; - Kenntnisnahme Liste U2 / 2021 -**	101.19.392
5.	**Zweckgebundene Mehrerträge und entsprechende Mehraufwendungen bzw. Mehreinzahlungen und entsprechende Mehrauszahlungen gemäß § 19 GemHVO für das Jahr 2021; - Kenntnisnahme Liste Z5 / 2021 -**	101.19.393
6.	**Zweckgebundene Mehrerträge und entsprechende Mehraufwendungen bzw. Mehreinzahlungen und entsprechende Mehrauszahlungen gemäß § 19 GemHVO für das Jahr 2021; - Kenntnisnahme Liste Z6 / 2021 -**	101.19.394
7.	**Anliegergebühren**	101.19.372
8.	**Überörtliche Prüfungsrechte**	101.19.377
9.	**Verwendungsnachweise**	101.19.378
10.	**NVV-Fahrplandaten**	101.19.379
11.	**Ganzjährige und kostenlose Nutzung öffentlicher Toiletten**	101.19.380
12.	**Änderung der „Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Kassel“**	101.19.381
13.	**Informationsgrundlagen und Maßnahmen gegen Energiesperren in Kassel**	101.19.390
14.	**Energiesperren in Kassel verhindern**	101.19.399
15.	**Resolution Keine außerordentliche Preiserhöhung im Nordhessischen Verkehrsverbund (NVV)**	101.19.402
16.	**Haushaltsauswirkungen Ukraine-Krieg**	101.19.404

17.	**Resolution: Impfpflicht? Nein, danke! Für Freiheit und Selbstbestimmung!**	101.19.406
18.	**Fossile Brennstoffe aus Russland**	101.19.414
18.1	**Auswirkungen des Krieges in der Ukraine für die Stadt Kassel**	101.19.420

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 16. März 2022 ordnungsgemäß einberufene 14. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte

3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen im Sinne des Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen (Hess. Landesaufnahmegesetz) vom 28. Mai 2018 (Erste Änderung)
Vorlage des Magistrats
-101.19. 387-

und

15. Resolution - Keine außerordentliche Preiserhöhung im Nordhessischen Verkehrsverbund (NVV)
Antrag der Fraktion Die Linke
-101.19.402-

zurückgezogen wurden.

Stadtverordneter Decker, SPD-Fraktion, beantragt den Tagesordnungspunkt 10, betr. **NVV-Fahrplandaten**, 101.19.379, wegen Beratungsbedarfs auf die nächste Sitzung zu schieben. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Stadtverordneter Hartmann, SPD-Fraktion, beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um die als Tischvorlage verteilte gemeinsame Anfrage der Fraktionen B90/Grüne und SPD betr. **Auswirkungen des Krieges in der Ukraine für die Stadt Kassel**, 101.19.420.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD auf Erweiterung der Tagesordnung um die gemeinsame Anfrage betr. Auswirkungen des Krieges in der Ukraine für die Stadt Kassel, 101.19.420, wird **zugestimmt**.

Die Vorlage wird als Tagesordnungspunkt 18.1 eingereiht.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann teilt mit, dass sie die Tagesordnungspunkte

13. Informationsgrundlagen und Maßnahmen gegen Energiesperren in Kassel
Anfrage der Fraktion Die Linke
-101.19.390-

und

14. Energiesperren in Kassel verhindern
Antrag der Fraktion Die Linke
-101.19.399-

sowie

16. Haushaltsauswirkungen Ukraine-Krieg
Anfrage der CDU-Fraktion
-101.19.404-

und

18.1. Auswirkungen des Krieges in der Ukraine für die Stadt Kassel
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen B90/Grüne und SPD
-101.19.420-

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufrufen wird.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Stand Konzeptentwicklung für ein Gründer*innenzentrum für die Kreativwirtschaft berichten
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Februar 2022
Bericht des Magistrats
-101.19.340-

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Stand zur Schaffung eines Gründer*innenzentrums für die Kulturwirtschaft im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu berichten.

Stadträtin Dr. Völker berichtet über den aktuellen Stand zum Gründer*innenzentrum für Kulturwirtschaft, dabei geht sie auf das Zentrum für Kreativwirtschaft und das Zentrum für Kunst- und Kulturproduktion ein. Weiterhin informiert sie über Ziele und Standorte, sowie über Anforderungen an die Konzeptstudie. Im Anschluss beantwortet sie die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2. Verwaltungsvereinbarung zum Neubau einer Sporthalle an der Herderschule Kassel zwischen dem Landkreis Kassel und der Stadt Kassel
Vorlage des Magistrats
- 101.19.368 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte Verwaltungsvereinbarung zum Neubau einer Sporthalle an der Herderschule. Auf Grund der nicht absehbaren Baukostensteigerungen wurde die 3. Rate des Baukostenzuschusses in Höhe von 488.000 €, zahlbar bei Inbetriebnahme, nicht im Haushalt 2022 angemeldet, sondern wird im Rahmen des Haushaltsplan-aufstellungsverfahrens in den Haushalt 2023 eingestellt“

Stadtrat Stochla beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Verwaltungsvereinbarung zum Neubau einer Sporthalle an der Herderschule Kassel zwischen dem Landkreis Kassel und der Stadt Kassel, 101.19.368, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Eltzner

3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen im Sinne des Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen (Hess. Landesaufnahmegesetz) vom 28. Mai 2018 (Erste Änderung)
Vorlage des Magistrats
- 101.19.387 -

Die Vorlage wurde vom Magistrat mit Schreiben vom 16. März 2022 zurückgezogen.

4. Mittelumsetzungen von Haushaltsansätzen aufgrund unterjähriger organisatorischer Veränderungen; - Kenntnisnahme Liste U2 / 2021 -
Vorlage des Magistrats
- 101.19.392 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

Die in der rückseitigen Liste U2/2021 enthaltenen Umsetzungen von Haushaltsansätzen betragen

im Ergebnishaushalt 129.251,63 €

im Finanzhaushalt 310.000,00 €.

Oberbürgermeister Geselle erläutert die Vorlage des Magistrats.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

5. Zweckgebundene Mehrerträge und entsprechende Mehraufwendungen bzw. Mehreinzahlungen und entsprechende Mehrauszahlungen gemäß § 19 GemHVO für das Jahr 2021; - Kenntnisnahme Liste Z5 / 2021 -
Vorlage des Magistrats
- 101.19.393 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

Die in den rückseitigen Liste Z5/2021 enthaltenen zweckgebundenen Mehrerträgen/-einzahlungen und Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 19 GemHVO betragen

im Ergebnishaushalt 10.809.696,09 €

im Finanzhaushalt 251.722,37 €.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6. Zweckgebundene Mehrerträge und entsprechende Mehraufwendungen bzw. Mehreinzahlungen und entsprechende Mehrauszahlungen gemäß § 19 GemHVO für das Jahr 2021; - Kenntnisnahme Liste Z6 / 2021 -
Vorlage des Magistrats
- 101.19.394 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

Die in den rückseitigen Liste Z6/2021 enthaltenen zweckgebundenen Mehrerträge und Mehraufwendungen gemäß § 19 GemHVO betragen

im Ergebnishaushalt 494.801,84 €.

Stadträtin Dr. Völker beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. Anliegergebühren
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.19.372 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Anlieger sind nach Abschaffung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel (Straßenbeitragssatzung) von der übergangsweise weiter geltenden Beitragspflicht für vor dem 1. September 2019 begonnene Um- und Ausbaumaßnahmen betroffen?
2. Wie viele der betroffenen Eigentümer sind Anlieger von Straßen, die überwiegend dem Anliegerverkehr dienen und bei denen bisher der von der Stadt zu tragende beitragsfähige Aufwand 50 v. H. betrug?
3. Wie hoch ist der Gesamtbetrag der auf diese Gruppe entfallenden Anliegerbeiträge?
4. Wie viele Widersprüche sind gegen die vorläufigen Bescheide der Stadt bisher eingegangen?
5. Wie will der Magistrat nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel vom 6.4.21 (6 K 5680/17.KS) weiter vorgehen?
6. Wie bewertet der Magistrat, insbesondere mit Blick auf das in § 3 II letzter Satz des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) normierte Verschlechterungsverbot, das in seinem Schreiben an die Fraktionen vom 22.12.2021 erläuterte Verfahren, festgestellte Satzungsmängel durch Erlass einer rückwirkend in Kraft gesetzten rechtskonformen Ersetzungssatzung zu heilen?

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

8. Überörtliche Prüfungsrechte
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.19.377 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bei allen Beteiligungen **bei anstehenden Satzungsänderungen** in den Satzungen der Gesellschaften die Unterrichtungsrechte zugunsten des überörtlichen Prüfungsorgans gemäß

§ 54 HGrG einzuräumen bzw. darauf hinzuwirken und damit seiner Verpflichtung nach § 123 Absatz 1 Nr. 2 HGO nachzukommen**, soweit dies bei einzelnen Gesellschaften nicht ohnehin schon geschehen ist.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Überörtliche Prüfungsrechte, 101.19.377, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kopec

9. Verwendungsnachweise
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.19.378 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Zuwendungsverträge existieren zwischen der Stadt Kassel und Zuwendungsempfängern?
2. Wie hoch war der Gesamtbetrag der gezahlten Zuwendungen in den Jahren 2017, 2018, 2019, 2020 und 2021?
3. Wurden für alle gezahlten Zuwendungen Verwendungsnachweise vorgelegt?
4. Gab es Zuwendungsempfänger, die in den unter 2). genannten Jahren Verwendungsnachweise nicht oder verspätet vorgelegt haben? Wenn ja, um welche Zuwendungsempfänger handelt es sich hierbei?
5. Welche vertraglichen Regelungen werden mit Zuwendungsempfängern hinsichtlich der Vorlage von Verwendungsnachweisen getroffen?
6. Welche Konsequenzen ziehen verspätet oder gar nicht vorgelegte Verwendungsnachweisen nach sich?
7. Wie und durch wen werden die Verwendungsnachweise geprüft?
8. Wie werden eventuelle Prüfungsfeststellungen dokumentiert?

9. Gab es in den unter 2). genannten Jahren Prüfungsfeststellungen? Wenn ja, bei welchen Zuwendungsempfängern und um welche Prüfungsfeststellung hat es sich dabei gehandelt?
10. In welcher Form wird die Stadtverordnetenversammlung, welche als oberstes Organ mit dem Haushalt auch über freiwillige Zuwendungen und Zuschüsse entscheidet, durch den Magistrat über nicht oder verspätet vorgelegte Verwendungsnachweise bzw. über relevante Feststelllungen, die sich aus der Prüfung diese Verwendungsnachweise ergeben, informiert?

Oberbürgermeister Geselle beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Geselle erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

10. NVV-Fahrplandaten
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.19.379 -

Wegen Beratungsbedarfs wird der Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung vorgemerkt.

11. Ganzjährige und kostenlose Nutzung öffentlicher Toiletten
Antrag der AfD-Fraktion
- 101.19.380 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die öffentlichen Toiletten in städtischer Hand sind ganzjährig zu öffnen und in adäquaten Zeitintervallen zu reinigen. Die Nutzung dieser Einrichtungen ist für den Nutzer ab dem 01.01.2023 kostenlos.

Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: AfD
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, Die Linke, FDP
Enthaltung:
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Ganzjährige und kostenlose Nutzung öffentlicher Toiletten, 101.19.380, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. von Rüden

12. Änderung der „Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Kassel“
Antrag der AfD-Fraktion
- 101.19.381 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der § 5 Steuersatz Absatz 1 der „Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Kassel“1 wird wie folgt geändert:

   „§ 5 Steuersatz

   (1) Die Steuer beträgt jährlich 60,00 Euro pro Hund.“

2. Der § 5 Steuersatz Absatz 2 Satz 2 der „Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Kassel“ wird gestrichen.

   „(2) Hunde, für die Steuerbefreiung nach § 6 gewährt wird, sind bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht anzusetzen. ~~Hunde, für die Steuerermäßigung nach § 7 gewährt wird, gelten als erste Hunde.“~~

3. Der § 7 Steuerermäßigung der „Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Kassel“ wird um die Absätze 4 und 5 mit folgendem Inhalt ergänzt:

   „(4) Für Hundehalterinnen und Hundehalter, die sich im Renteneintrittsalter befinden, wird die Steuer für den Erst- und Zweithund auf Antrag auf 50 % des Steuersatzes ermäßigt.

(5) Für Hundehalterinnen und Hundehalter, die Hunde von Tierheimen, Tierschutzvereinen oder Organisationen/Einrichtungen ähnlicher Art adoptiert haben, wird die Steuer für den Erst- und Zweithund auf Antrag auf 50 % des Steuersatzes ermäßigt."

4. Die Änderung der „Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Kassel" tritt am 01.01.2023 in Kraft.

5. Die Hundehalterinnen und Hundehalter sind über die Änderungen in der „Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Kassel" postalisch zu unterrichten.

Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: AfD
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, Die Linke, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Änderung der „Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Kassel", 101.19.381, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Leidig

Die Tagesordnungspunkte 13 und 14 werden wegen Sachzusammenhangs gemeinsam aufgerufen. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

13. Informationsgrundlagen und Maßnahmen gegen Energiesperren in Kassel
Anfrage Fraktion DIE LINKE
- 101.19.390 -

Antrag

1. Wie viele Haushalte in Kassel waren im Jahr 2018, 2019, 2020 und 2021 von Energiesperren betroffen, insbesondere bei der Städtische Werke AG (bitte absolut und prozentual nach Anteil an Strom- und Gaskunden aufschlüsseln)?

2. Wie viele diesbezügliche Sperrandrohungen wurden 2018, 2019, 2020 und 2021 verschickt (bitte absolut und prozentual nach Anteil an Strom- und Gaskunden aufschlüsseln)?
3. Wie viele Haushalte gibt es, die in 2018, 2019, 2020 und 2021 von mehreren Sperren betroffen waren (bitte absolut und prozentual nach Anteil an Strom- und Gaskunden aufschlüsseln)?
4. Wie viele Energiesperren gab es in den genannten Jahren in den Wintermonaten (bitte absolut und prozentual nach Anteil an Strom- und Gaskunden aufschlüsseln)?
5. Gelten Energiesperren auch über die Weihnachtsfeiertage?
6. Welche Kosten entstehen den Kundinnen und Kunden der Städtischen Werke AG für die Energiesperre?
7. Welche Maßnahmen werden durch die Städtische Werke AG ergriffen, um Zahlungsrückstände und Stromsperren zu vermeiden?
8. Plant die Städtische Werke AG diesbezüglich Maßnahmen im Sinne des Saarbrücker-4-Punkte-Modells zu erlassen?
9. Inwieweit wurde durch die Städtische Werke AG ein Energie-Sozialtarif für Strom und Gas eingeführt?
10. Die Städtische Werke AG hat 2016 gegen eine Entscheidung des Amtsgericht Kassel bei Energiesperren Revision eingelegt, wie in einem Artikel auf HartzIV.org vom 05.02.2016 durch den Pressesprecher der Städtischen Werke AG angekündigt wurde. Welche Kenntnisse hat die Stadt Kassel aktuell zur Klärung der Rechtslage durch das Landgericht Kassel?
11. Bei wie vielen Kunden des Jobcenter Kassel wurden Darlehen aufgrund von Energiesperren oder Androhungen diesbezüglich in den Jahren 2018, 2019, 2020 und 2021 beantragt und vergeben?
12. Bei wie vielen Wohneinheiten wurde in Kassel in den Jahren 2018, 2019, 2020 und 2021 der Strom abgeklemmt und wie viele hatten Verträge mit der Städtischen Werke AG?

Stadtverordnete Leidig, Fraktion Die Linke, begründet die Anfrage Ihrer Fraktion.

Oberbürgermeister Geselle schlägt vor, die Anfrage gemeinsam mit dem Bericht in Punkt 1 des gemeinsam behandelten Antrags betr. Energiesperren in Kassel verhindern, 101.19.399, zu beantworten, sollte dieser zugestimmt werden. Siehe Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 14.

14. Energiesperren in Kassel verhindern
Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.399 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat berichtet, gegebenenfalls mit Unterstützung externer Expertise (bspw. Städtische Werke, Schuldnerberatung, Verbraucherzentrale), im nächsten Ausschuss zu Fragen der Energiearmut, sowie zu Entwicklungen bei Strom- und Gassperren in Kassel.
2. Der Magistrat wird beauftragt, eine Richtlinie für das kommunale Jobcenter zu erarbeiten, die unter Berücksichtigung stark steigender Heizkosten als Teil der KdUH- Leistungen einen weiten Spielraum bei der Prüfung der Angemessenheit und Kostenübernahme ermöglicht. Dabei sollen im Rahmen des Weisungsrechts des Oberbürgermeisters die geltenden Regelungen für die Übernahme der Kosten für Heizung im SGB II sowie im SGB XII dahingehend ergänzt werden, dass Nachforderungen für Heizkosten als konkret angemessen zu bewerten sind, wenn sie sich im Rahmen von Preissteigerungen seit Erlass der geltenden Richtwerte bewegen. In diesen Fällen ist davon auszugehen ist, dass sie nicht auf einem Mehrverbrauch, sondern auf gestiegenen Preisen beruhen. Die Prüfung, ob sich eine Nachforderung im Rahmen von Preissteigerungen bewegt, muss von Amts wegen erfolgen, sofern der Erlass der geltenden Regelungen länger als einen Monat vom Ende des Abrechnungszeitraum zurückliegt. Dabei müssen die geltenden Richtwerte um die amtlich ermittelte Preissteigerung für den jeweiligen Energieträger erhöht werden. Die Preissteigerung seit Erlass der geltenden Richtwerte ist beim Statistischen Landesamt oder beim Statistischen Bundesamt zu erfragen. Dabei ist die Steigerung für die Energieträger gesondert zu erfragen. Sofern die Summe aus Vorauszahlungen und Nachforderung unterhalb der erhöhten Richtwerte liegt, ist die Nachforderung zu übernehmen.
3. Der Magistrat wird weiterhin beauftragt, im Gespräch mit den Städtischen Werken darauf hinzuwirken, dass bei sämtlichen Mahnschreiben ein Verweis auf das Projekt „Hessen bekämpft Energiearmut“ bei der Verbraucherzentrale Hessen aufgenommen wird.
4. Der Magistrat wird beauftragt, sich gegenüber den Städtischen Werken für einen generellen freiwilligen Verzicht auf Energiesperren einzusetzen, insbesondere wenn in den betroffenen Haushalten Kinder und Jugendliche leben. Zudem sollen Haushalte, die unverschuldet durch Vertragskündigungen von anderen Energieversorgungsunternehmen in die Grundversorgung gefallen sind, möglichst geringe Aufschläge zahlen müssen.

5. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, sich in einem Schreiben an die Bundesregierung insbesondere für eine zügige Anpassung der Regelsätze des SGB II, SGB XII und AsylbLG einzusetzen, die die stark steigenden Strompreise sozial verträglich auffängt.

Stadtverordnete Leidig, Fraktion Die Linke, begründet den Antrag Ihrer Fraktion. Stadtverordneter Dr. Hechelmann, SPD-Fraktion beantragt die absatzweise Abstimmung des Antrages.

Der Antrag wird absatzweise zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 1 des Antrages der Fraktion Die Linke betr. Energiesperren in Kassel verhindern, 101.19.399, wird **zugestimmt.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Die Linke
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 2 des Antrages der Fraktion Die Linke betr. Energiesperren in Kassel verhindern, 101.19.399, wird **abgelehnt.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Die Linke, AfD
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 3 des Antrages der Fraktion Die Linke betr. Energiesperren in Kassel verhindern, 101.19.399, wird **abgelehnt.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Die Linke
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 4 des Antrages der Fraktion Die Linke betr. Energiesperren in Kassel verhindern, 101.19.399, wird **abgelehnt.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Die Linke, AfD
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 5 des Antrages der Fraktion Die Linke betr. Energiesperren in Kassel verhindern, 101.19.399, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bickel

15. Resolution
Keine außerordentliche Preiserhöhung im Nordhessischen Verkehrsverbund (NVV)
Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.402 -

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion mit Schreiben vom 23. März 2022 zurückgezogen.

Die Tagesordnungspunkte 16 und 18.1 werden wegen Sachzusammenhangs gemeinsam aufgerufen. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

16. Haushaltsauswirkungen Ukraine-Krieg
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.19.404 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Mit welchen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine rechnet der Magistrat für die Stadt Kassel?
2. Welche Vorbereitungen werden zur Bewältigung dieser kriegsbedingten Auswirkungen getroffen?
3. Wie viele Kriegsflüchtlinge werden in Kassel erwartet?
4. Wie soll deren Unterbringung, Verpflegung sowie der Zugang zum Bildungs- und Arbeitsmarkt sichergestellt werden?
5. Welche Hilfen werden vom Bund, vom Land und der Stadt Kassel bereitgestellt?
6. Welche finanziellen Auswirkungen sind für den Kasseler Haushalt auch mit Blick auf die Gewerbesteuereinnahmen zu erwarten?
7. Wie hoch schätzt bzw. kalkuliert der Magistrat mögliche Gewerbesteuerausfälle für den Haushalt, welche sich aus sanktionsbedingten Abschreibungen Kasseler Firmen ergeben werden?

Oberbürgermeister Geselle beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Geselle erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

18.1 Auswirkungen des Krieges in der Ukraine für die Stadt Kassel
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen B90/Grüne und SPD
- 101.19.420 -

Gemeinsame Anfrage

Der Krieg in der Ukraine hat weitreichende Auswirkungen auf ganz Europa und die Stadt Kassel. Der Verwaltungsstab der Stadt Kassel wurde durch den Oberbürgermeister zusammengerufen und steuert die Lage. Wir fragen den Magistrat hinsichtlich des Krieges in der Ukraine:

1. Wie schätzt der Magistrat die aktuelle Lage für die Stadt Kassel ein?
2. Wie viele vor dem Krieg geflüchtete Menschen sind aktuell in der Stadt Kassel untergebracht?
3. Welche Hilfen werden momentan noch benötigt?
4. Wie werden die Menschen in Kassel untergebracht und wie wird die Hilfe koordiniert?
5. Welche Auswirkungen erwartet der Magistrat durch den Krieg auf den Haushalt der Stadt Kassel?
6. Welche Auswirkungen erwartet der Magistrat der Stadt Kassel auf die heimische Wirtschaft?
7. Welche Auswirkungen erwartet der Magistrat der Stadt Kassel auf den Arbeitsmarkt?
8. Welche Strategie verfolgt die Stadt Kassel, um die heimische Wirtschaft und den Arbeitsmarkt zu stärken?
9. Welche Auswirkungen hat der Krieg in der Ukraine auf die städtischen Gesellschaften?
10. Welche Strategie verfolgt der Magistrat, um die Versorgungssicherheit der Menschen in Kassel zu gewährleisten?
11. Welche Auswirkungen wird der Krieg in der Ukraine auf die Strategie der Stadt und des Stadtkonzerns zur Klimakatastrophe haben?
12. Was bedeutet der Krieg in der Ukraine für die Sicherheitslage in der Stadt Kassel und wie reagiert der Magistrat auf die veränderte Lage?

Oberbürgermeister Geselle beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Geselle erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

17. Resolution: Impfpflicht? Nein, danke! Für Freiheit und Selbstbestimmung!
Antrag der AfD-Fraktion
- 101.19.406 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

18. Fossile Brennstoffe aus Russland
Anfrage FDP-Fraktion
- 101.19.414 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 19:06 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Annika Kuhlmann
Schriftführerin